

Ist zwei und zwei vier?

Zum Streit um Antisemitismus in attac

Nun ist sie endlich auch in Attac angekommen, die Antisemitismusdebatte. Immer wieder hatten Rechtsradikale in der Vergangenheit mehr oder weniger offen versucht, sich auf Attac zu beziehen (zuletzt in Frankfurt am Main, s. **ak** 476). Mehrfach hatten Attac-AktivistInnen andererseits vergeblich versucht, darüber eine interne Diskussion anzustoßen - bis jetzt. Denn seit einigen Wochen kracht es bei Attac.

Angefangen hatte alles diesmal mit einer Pressemeldung des DGB-Vorsitzenden aus Göttingen, Sebastian Wertmüller. Der, selbst attac-Mitglied, hatte zuerst intern und dann öffentlich moniert, dass in der bundesweiten AG Globalisierung und Krieg „eine Israel- und USA-Kritik vertreten (sei), wie sie sonst nur von islamistischen Organisationen und von Rechtsextremisten vertreten werde. Terroristische Aktivitäten von islamischen Gruppen dagegen würden verdrängt oder verklärt.“

Wertmüller machte diese Kritik an mehreren Texten fest, darunter einem Aufruf zu einem Protesttag gegen die Besetzung in Irak und Palästina – und zwar ausgerechnet am Jahrestag des Beginns der zweiten Intifada. Eine Stellungnahme der AG zum Irak („Wir treten ein für das Recht der Iraker, gegen die Besetzung Widerstand zu organisieren.“) wertete er als „Verklärung des Terrorismus“. Zentral für seinen Antisemitismusvorwurf war eine Unterschriftensammlung folgenden Wortlauts: „Wir fordern die verantwortlichen deutschen Politiker auf, die deutschen Rüstungsexporte nach Israel und die israelischen Warenimporte aus den Siedlungen in den besetzten Gebieten in die EU umgehend zu unterbinden!“

Der Kritik an der Unterschriftensammlung schlossen sich unmittelbar auch einige Mitglieder des bundesweiten Koordinierungskreises von attac an. In diesem Punkt reagierte die AG prompt und nahm den Text von ihrer Website. Eine Sprecherin begründete das folgendermaßen: „Ich halte den Vorwurf des Antisemitismus für unberechtigt. Der Aufruf ist eine klare Stellungnahme gegen die Besetzung. Er greift die Forderungen der israelischen Friedensgruppe Gush Shalom auf und wendet sich in dem strittigen Punkt nicht an die Bevölkerung, sondern an die Bundesregierung. Sie wird aufgefordert, sich an das EU-,Interimsabkommen über Handel und den Handel betreffende Angelegenheiten' von 1995 zu halten. Allerdings muss ich einräumen, dass in Deutschland bestimmte Kreise die Forderungen für antisemitische Zwecke missbrauchen könnten. Ich finde die Forderungen richtig, sehe aber auch nicht, dass mit dieser Aktion in Deutschland eine breite Kampagne auszulösen ist. Wegen dieser beiden Gründe und weil in attac insgesamt noch ungeheuer viel Diskussionsbedarf zu diesem Thema besteht, neige ich dazu, das Papier nicht auf die Liste zu stellen.“ Die AG-Mitglieder wurden zur Diskussion des Vorgangs aufgefordert und auf Texte hingewiesen, anhand derer sie sich über den „Unterschied zwischen Antisemitismus und Antizionismus“ informieren könnten. Darunter war auch ein Text von attac Frankreich, der ausdrücklich aus einer Position der Solidarität mit der palästinensischen Seite im Nahostkonflikt argumentiert.

In der AG bedeutete diese Stellungnahme eine mittlere Position. Einige kritisierten die Herausnahme der Unterschriftsliste aus dem Netz z. T. heftig, nur wenige Stimmen äußerten sich gegen den Text. Kritik an der AG mischte sich von Anfang an mit der Tatsache, dass dort eine starke Linksruckbeteiligung existiert. LinksruckaktivistInnen waren es auch im Wesentlichen gewesen, die schon im Frühjahr eine Speakers-Tour durch eine Reihe von Städten organisiert hatten, auf der u. a. die britische Journalistin Yvonne Ridley auftrat. Diese setzte ihrerseits sehr stark auf eine parallele Einschätzung der Konflikte um Irak und in

Israel/Palästina. Mehrfach war im Rahmen der Tour von „faschistischer israelischer Regierung“ die Rede und von Israel als „kolonialem Konstrukt“. Kritik daran kam schon auf den Göttinger Ratschlag auf, aus dem Koordinierungskreis äußerten sich mehrere Mitglieder deutlich ablehnend und zumindest in der Kölner Veranstaltung kam es zu tumultartigen Szenen, die beinahe zum Abbruch geführt hätten, und in deren Folge einige Mitglieder attac verließen. In der allgemeinen Antikriegsmobilisierung wurde die Kritik aber nicht sehr stark beachtet und die AG-Koordinatorinnen verzögerten in einem Spiel mit verteilten Rollen eine Klärung: Während die eine sich einsichtig zeigte und mehr Zurückhaltung gelobte, rechtfertigte eine zweite die geäußerten Positionen und eine dritte fragte scheinbar uninformiert nach, worin eigentlich die Kritik bestehe. So entstand kein gemeinsamer Diskussionsstand bis die Tour beendet war. Danach sprach die AG nur noch von dem großartigen Mobilisierungserfolg und verschickte überschwänglich lobende Berichte aus verschiedenen Städten. Auf die Kritik ging niemand mehr ein.

Schon der Gründungsprozess der AG war ähnlich gelaufen. Grundsätzlich können sich in attac AGs frei bilden. Um aber selbstständig öffentlich auftreten zu können, bedarf es eines formalen Verfahrens: Die AG soll ein Arbeitsprogramm entwickeln, soll darlegen, wie sie sich in die attac-interne Öffentlichkeit einbringen will, und ein inhaltliches Papier erarbeiten, in dem sie darlegt, wie ihr jeweiliges Thema mit der Globalisierung zusammenhängt. Danach stellt der attac-Rat fest, dass die AG nunmehr die Berechtigung zur eigenen Öffentlichkeitsarbeit hat. Die AG Globalisierung und Krieg hat dieses Verfahren nie durchlaufen. Die vorgelegten Papiere sind im Rat immer als unzureichend, z. T. als attac-Positionen widersprechend abgelehnt worden. Mit dem Argument, nun sei keine Zeit zum Papiere-Schreiben, sondern es müsse mobilisiert werden, und der Zusage, ein konsensfähiger Text werde mit den KritikerInnen aus dem Rat gemeinsam nachgeliefert, erwirkte die AG ihren formalen Status.

Die aktuelle Auseinandersetzung ist somit der dritte Konflikt mit der AG Globalisierung und Krieg innerhalb weniger Monate. Das hat dazu geführt, dass manche Reaktionen äußerst harsch ausfielen. Einzelne Stimmen sprachen und sprechen noch von der eventuellen Notwendigkeit organisatorischer Konsequenzen, also der Aberkennung des AG-Status oder gar dem Ausschluss der AG aus attac. Für beides gibt es gar keine Verfahren und sicher auch keinen Konsens, aber es zeigt die Schärfe des Streits. Und es verweist auf ein strukturelles Problem: Attac findet seine Positionen im Konsens; was nicht von (fast) allen geteilt wird, kann nicht im Namen von attac öffentlich vertreten werden. Was aber geschieht, wenn Akteure innerhalb von attac die (durchaus auch formale) Berechtigung haben, selbstständig öffentlich zu agieren, und zwar in ihren eigenen Reihen, nicht aber insgesamt in attac Konsense für bestimmte Positionen haben?

Dass das keine akademische Frage ist, zeigte sich jüngst in Frankfurt. Dort hatte eine AG der lokalen attac-Gruppe ein Bündnis gegen ein kommunales Cross-border-leasing-Projekt aufgebaut. In diesem Bündnis arbeitete die rechte Ratsfraktion der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) mit. Die hatten schon mal mit einem rechtsradikalen, rassistischen Programm kandidiert (bei den letzten Wahlen hatten sie das geglättet) und vertraten nationalistische Parolen. Einige Partner waren deshalb aus dem Bündnis aus- oder gar nicht erst eingestiegen. Auch aus der attac Gruppe und ihrem Koordinierungskreis wurde mit Mehrheit ein Austritt aus dem Bündnis verlangt. Die AG weigerte sich. Dabei gab es drei Positionen, eine, die Schaden für die Unterschriftensammlung befürchtete und sich später distanzieren wollte, wenn alles vorbei war, eine, die den rechtsradikalen Charakter der BFF in Frage stellte, und eine, die direkt das Bündnis rechtfertigte. Einzelstimmen in attac vertraten den Standpunkt, das Leasinggeschäft als solches sei unproblematisch, es gehe lediglich darum,

„amerikanisches“ Kapital rauszuhalten. Diese Haltungen sind innerhalb von attac nicht nur kein Konsens, sie sind deutlich minoritär. Da aber die AG als selbstständiger Akteur von attac Frankfurt legitimiert war, stand sie auf dem Standpunkt, es bedürfe des Konsenses, ihr solche Positionen zu untersagen.

Attac hat zwar eine Beschlusslage, dass es in seinem Rahmen „für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien keinen Platz“ gibt, aber es verfügt über keinerlei Instrumente, eine solche Position gegebenenfalls auch durchsetzen zu können. Das einzige Mittel ist die geduldige, aber auch kontroverse Diskussion.

In diesem Sinne hatte es vor Jahresfrist schon einmal einen Versuch gegeben. Aus Rat und Koordinierungskreis hatten sich fünf Autoren gefunden, die unter dem Titel „Grenzen der Offenheit“ einen Text verfasst hatten, in dem sie sich mit der Frage auseinandersetzten, warum Rechtsradikale immer wider denken, sie fänden bei attac ein sinnvolles Feld für eigene Querfrontstrategien. Damals ging es um Vorfälle wie die Einladung des Möllemannfreundes Karsli durch attac Bochum, die Nichtentfernung von 20 Neonazis aus einer Antikriegskundgebung in München oder der Spruch „Wessen Straßen – unsere Straßen, wessen Bildung – unsere Bildung, wessen Deutschland – unser Deutschland“ aus einer attac-Demo in Düsseldorf. In dem Papier wird auf die Anschlussfähigkeit mancher Deutungsmuster des Alltagsverständnisses an rechtsradikale, insbesondere antisemitische Positionen hingewiesen. Dort wird deutlich gemacht, dass die TrägerInnen solcher Muster nicht diffamiert, die Muster selbst aber sichtbar gemacht und bekämpft werden müssen. Und dort werden Überlegungen darüber angestellt, wie Politik so formuliert werden kann, dass Rechtsradikale keine Anschlussstellen finden.

All das hat in der attac-Öffentlichkeit wenig Aufmerksamkeit gefunden. Trotz umfassenden Angebots wurden Veranstaltungen mit den Autoren kaum nachgefragt. Nunmehr fragte die jungle world (die das Papier seinerzeit dokumentiert hatte) nach, was denn daraus geworden sei. Nachdem sie ein Interview mit mir nicht bringen wollten, weil sie Autoren nicht interviewen, haben sie Astrid Kraus (ebenfalls Kokreis) befragt. Ihre äußerst kritische Darstellung des Diskussionsstandes bei attac fachte die ohnehin scharfe Debatte nochmals an, die sich um Sebastian Wertmüllers Kritik auf den Mailinglisten entwickelt hatte. Auf denen tummelten sich schon lange eine Vielzahl von Verschwörungstheoretikern, die sich insbesondere am 11. September abarbeiten. Auch die Mossad-etc-Verdächtigungen tauchten da durchaus auf.

Astrid Kraus stellt einige der hier geschilderten Probleme dar, attestiert aber auch „vielen attac-SympathisantInnen mangelndes Bewusstsein für antisemitismusbefördernde Forderungen“. Die etwas gewundene Formulierung soll deutlich machen, dass der Vorwurf nicht (wie bei Wertmüller), der des Antisemitismus ist, sondern vielmehr darin besteht, die Anschlussstellen dort hin nicht ausreichend in den Blick zu nehmen und zu schließen zu versuchen. In einer ganzen Zahl von Diskussionsbeiträgen wurde das als Diffamierung heftigst zurückgewiesen, gleichzeitig aber darauf beharrt, dass „zwei und zwei schließlich vier“ sei, auch wenn Nazis das auch sagen. Manche betonten ausdrücklich, dass man sich nach rechts gar nicht abgrenzen könne und es auch nicht müsse. Es reiche, klare Positionen zu beziehen.

Da ist es dann naheliegend, dass kein Verständnis für eine Kritik vorhanden ist, die fragt, was denn einer der gut 40% Deutscher, die laut Untersuchungen antisemitische Klischees im Kopf haben, wohl verstehen mag, wenn er liest: „Lasst keine israelischen Waren ins Land“? Was

anders als „Genau, das sage ich doch schon immer: Kauft nicht beim Juden!“ sollte so jemand verstehen? Da spielt es keine Rolle mehr, dass die AutorInnen der Unterschriftensammlung genau das nicht gemeint haben. Das haben sie sicherlich nicht, es handelt sich dabei nämlich um eine Gruppe Tübinger AktivistInnen, zu der u. a. Felicia Langer gehört. Selbstverständlich fehlte dieses Argument (Juden/Jüdinnen können gar nicht antisemitisch sein) auch nicht in der Auseinandersetzung. Zentral aber war neben der Zurückweisung eines nie erhobenen Antisemitismusvorwurfs („schlimmster Vorwurf, den man einem emanzipatorischen Projekt machen kann“) die Behauptung, es gehe uns lediglich um die Unterbindung jeglicher Kritik an Israel. Abgesehen davon, dass Israelkritik ja dauernd geübt wird, also keineswegs verboten ist oder verhindert wird, wurde damit auch ignoriert, was wir immer ausdrücklich gesagt hatten: Harte Kritik an Israels Regierungspolitik ist dringend nötig, kann aber nicht gemeinsam mit Gruppen/Personen formuliert werden, die für die Wirkungsweise des modernen Antisemitismus keine Aufmerksamkeit haben. Tatsächlich ist dieses Verhalten selbst ein Muster, dem wiederum spätestens seit 1945 jeder Antisemit zustimmen wird: „Man darf ja nichts mehr sagen!“ ist ein Muster, um eine ganz bestimmte Aussage zu machen, nämlich dass früher, vor 1945 eben, die Wahrheit noch gesagt werden durfte.

Selbstverständlich ist davon auszugehen, dass höchstens eine ganz kleine Zahl von Personen in attac bewusste Querfrontstrategien vertreten. Viele, die mit Empörung auf die Kritik reagieren, haben durchaus verstehbare Gründe. Die Politik Israels in den besetzten Gebieten ist himmelschreiendes Unrecht. Auch die antideutschen Kriegstiraden sind nicht dazu angetan, kritische Fragen, die auch von denen kommen könnten, bereitwillig aufzunehmen. Und schließlich hat attac in einer ganz besonderen Weise Menschen angezogen, in deren politischer Tradition die differenzierenden Debatten um Israel/Palästina einerseits und den modernen Antisemitismus andererseits nie stattgefunden haben. Da wäre es um so notwendiger, die Themen im Diskurs erst einmal zu trennen. Aber auch dieser Vorschlag wird oft als Versuch wahrgenommen, über Israel nicht zu reden. Dabei wäre die Trennung Voraussetzung, um zwei Dinge tun zu können, zum einen unbelastet von dem aktuellen politischen Konflikt genau hinzuschauen, wie Antisemitismus heutzutage funktioniert, wer ihn bedient und wie man das vermeiden kann, und zum anderen herauszufinden, welche gemeinsamen Aussagen zum Nahostkonflikt in attac möglich sind. Das wird letztlich nur von einem Standpunkt aus möglich sein, der Solidarität ausdrücklich nur denen gewährt, die zwischen den Fronten agieren. Der Widerspruch in diesem Punkt ist schon dramatisch genug, ohne dass er von falsch verstandenen Antisemitismusvorwürfen begleitet wird.

Inzwischen haben sich einige weitere Mitglieder des attac-Rates in die Debatte eingemischt. Vor allem von Seiten der Mitgliedsorganisation medico international wird viel eigene Erfahrung eingebracht. Die AG Globalisierung und Krieg ist augenblicklich wieder verstummt. Ihre Ratsvertreterin hat erst einmal die Beantwortung einiger besonders kritischer (und hart formulierter) Fragen abgelehnt. Auf dem Ratschlag im Oktober, der bundesweiten offenen Mitgliederversammlung von attac, soll nun ein erster Anlauf gemacht werden, das Problem zu umreißen und Diskursstrategien zu entwerfen, die eine sachliche Debatte ermöglichen. Das Interesse daran wird von vielen ausdrücklich damit begründet, dass ansonsten eine Auseinandersetzung drohe, die attac lähmen könnte. Es schweint mir aber völlig ungewiss, ob es mit dieser Haltung gelingt, die entscheidende Frage zu beantworten, die da lautet: Schadet der Vorwurf des Antisemitismus attac oder schadet es vielmehr, wenn attac sich weigert, über die Frage des Antisemitismus eine selbstkritische Debatte zu führen?